

Wärmenetz: Machen sie mit!

Der rote Hammel



Juli / Aug. 2022

Die Tammer Stadtwerke errichten ein Wärmenetz

Wärmenetz: Dabei wird Wasser an zentralen Stellen im Ort erhitzt und durch gut gedämmte Rohrleitungen an viele einzelne Häuser verteilt. Es entfällt in den Häusern eine Heizungsanlage, Tankraum und Schornstein. Wärmenetze sind deutlich effizienter als einzelne Heizungsanlagen. Eine zentrale Organisation kümmert sich um Umweltauflagen, neueste Technik und um den Einkauf des Brennstoffes, welcher bei größeren Mengen immer günstiger ist.

Der SPD-Ortsverein Tamm begrüßt das Projekt Wärmenetze für Tamm und freut sich, dass die Stadt die Stadtwerke Tamm gegründet hat, sodass die Verwaltung dieses Netzes in kommunaler Hand bleibt und nicht Konzernen überlassen wird. Die SPD ist grundsätzlich gegen Privatisierung von Daseinsvorsorge wie Energie, Strom, Wasser, usw. Die Bürger sollen über den Gemeinderat Einfluss auf den Preis und die Gestaltung, z.B. den Energiemix (Anteil regenerativer Energie) haben, und nicht von einem Anbieter abhängig werden.

Das Wärmenetz wird die größte Investition unserer Stadt in den nächsten Jahren sein. Die aktuellen Tiefbaumaßnahmen im alten Ort i.H. von ca. 3 Millionen sollen zu 80% von Land und Bund bezuschusst werden. Es wur-

den schnelle und mutige Entscheidungen getroffen, dafür gilt unser Dank dem Bürgermeister und den Stadträten von Tamm. Mit dem Projekt ist die Energieversorgung besser gesichert, da die Anlagen deutlich weniger Brennstoff benötigen als Einzelanlagen je Haus.

In diesem Bereich soll bereits 2022 ein Wärmenetz in Alt-Tamm erstellt werden.



Grafik: Stadt Tamm

Geplant ist ein Wärmenetz auch auf der Höhenstange im und um das neue Wohngebiet nördlich der Calwer Strasse. Wir wünschen uns einen massiven Ausbau in den nächsten Jahren in der ganzen Stadt. Ein Wärmenetz funktioniert umso besser, je mehr Abnehmer mitmachen!

Bericht vom Tammer Gespräch am 05.05.2022 „Pflege braucht Rückenwind“

Pflege braucht Rückenwind - zu diesem Thema diskutierten die Bundestagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag Heike Baehrens, Nadine Zenker-Kaiser von den Kleeblatt-Pflegeheimen im Kreis Ludwigsburg und Hagen Klee als Betriebsrat in den Kliniken Ludwigsburg.



Heike Baehrens, MdB

Nadine Zenker-Kaiser ist seit 26 Jahren in verschiedenen Positionen in der Pflege tätig. Inzwischen ist sie in der Leitung der Kleeblatt-Pflegeheime und verfügt über viel Sachverstand zu den aktuellen Problemen in der Pflege. Für die Kleeblatt-Pflegeheime stehe der Patient im Mittelpunkt, so Zenker-Kaiser. Auf der anderen Seite sorgten die Arbeitsbelastung und die Arbeitsbedingungen dafür, dass man so nicht weitermachen könne. Der Druck auf die Pflegenden werde immer größer, weil Angehörige eine gewisse Erwartungshaltung herantrügen. Dazu komme die Dokumentation als zeitraubendes Element. Außerdem würden Menschen in der Pflege zwar immer älter, aber entsprechend auch kränker, was die Betreuung für den einzelnen Bewohner einer Pflegeeinrichtung intensiver mache. „Wir sollten uns auf den Weg machen, die Pflege zu stärken.“ So müsse die

Dokumentation überdacht werden. Auch neue Arbeitszeiten sollten kein Tabu sein, um Familie und Beruf wieder mehr in Einklang bringen zu können.

Hagen Klee brachte die Sichtweise der Pflege in den Kliniken mit ein. Er ist als ausgebildeter Krankenpfleger Betriebsrat im Klinikum Ludwigsburg. Er blickte zunächst zurück in die 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Es gab damals noch keine Gewinnerzielung im Krankenhausbereich. Mit der Einführung markt-

wirtschaftlicher Kriterien wurden neue Regulierungen miteingeführt. Heute muss zum Beispiel nach Fallpauschalen abgerechnet werden. Damit zusammenhängend gab es Einsparungen beim Personal. Mit dem Beginn der Pandemie 2020 kehrten zwar ehemalige Mitarbeiter in die Kliniken zurück, aber der Weggang vieler Pflegekräfte ist sehr bedenklich. Man versuche, über die Anwerbung ausländischer Pflegekräfte dem entgegenzuwirken, aber wie in der stationären Pflege sei auch in den Kliniken die Arbeitsbelastung verheerend. Dazu komme, dass in den kommenden Jahren viele versierte Pflegekräfte in Rente gingen. Auch auf die Dokumentationspflicht ging Hagen Klee ein: Es müsse ein Nachweis geschaffen um Bezahlleistungen nachzuweisen. Dadurch hänge man „am Gängelband der Krankenkassen“, „Ihr

müsst beweisen, dass ihr überhaupt gearbeitet habt“, so Klee etwas überspitzt.

Heike Baehrens sieht riesengroße Herausforderungen auf die Politik zukommen: der demografische Wandel, „es ist vielmehr eine stetige Veränderung“, Sorge dafür, dass es einerseits mehr Ältere gebe, andererseits würden Menschen in zunehmendem Alter hilfsbedürftiger. Der Bedarf an Pflegekräften steige, in dieser Frage war man sich einig auf dem Podium. Sie wies jedoch auch auf die Verdienste der Politik hin, so habe die Einführung der Pflegeversicherung 1995/96 und die Stabilisierung der Kranken- und Pflegeversicherung in den letzten Jahren für Verbesserungen gesorgt. Die SPD setze sich für Tarifbezahlung in der Pflege ein, um den Beruf attraktiver zu machen—ab September sind in der Pflege Tariflöhne vorgeschrieben. Auch seien Personaluntergrenzen bindend eingeführt und die Befugnisse der Pflegekräfte bei Hilfsmitteln gestärkt worden. Wichtig sei es, Menschen für die Pflege zu gewinnen, nicht nur examinierte Pflegekräfte, sondern auch beispielsweise für die Alltagsbegleitung. Verbessert werden müsse die Unterstützung der Angehörigen für die Betreuung zuhause; in diesem Zusammenhang wies sie auch auf einen Ausbau der Kurzzeitpflege hin, wo der Zuschuss aus der Pflegekasse um 10 % erhöht wurde, sowie auf eine weitere Stärkung der 24-Stunden-Betreuung.

Auch auf die Situation in den Krankenhäusern ging sie noch ein. Die Pflegeberufereform und die generalistische Ausbildung sieht sie da als einen Fortschritt an, außerdem müssten Krankenhäuser stärker spezialisiert werden. Sie schließt mit den Worten: „Pflege darf kein Renditeobjekt sein.“

Der Kommentar: **Sozialer Wohnungsbau — ein Muss!**

Dass wir dringend Wohnungen brauchen, ist allgemein bekannt, besonders für Menschen mit geringen bis durchschnittlichem Einkommen. Gerade im Ballungsraum Region Stuttgart gilt dies in besonderem Maße.

Deshalb verlangen auch immer mehr Städte und Gemeinden bei größeren Bauvorhaben, dass zwischen 20% und 50% der Wohnungen als Sozialwohnungen errichtet werden. Auch im Tammer Gemeinderat wurde dies in diesem Sinne mit einer Quote von 20 % so diskutiert und auch bereits bei zwei Bauvorhaben durchgesetzt. Warum allerdings dies jetzt beim Bauprojekt an der Tennishalle anders sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Die Argumentation dort würden Seniorenwohnungen entstehen und dies sei allein schon sozial, geht an der Realität vorbei. Die Investoren solcher Projekte erzielen damit bemerkenswerte Renditen.

Natürlich gibt es einen hohen Bedarf an barrierefreien Seniorenwohnungen, nur können sich diese nur ein Teil der Senioren auch leisten. Deshalb ist es unsere gesellschaftliche Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Menschen, die beeinträchtigt sind, auch die Möglichkeit haben, eine solche Wohnung zu beziehen. Da Investoren aber nicht freiwillig preisgünstigen Wohnraum errichten, muss dies vom Gemeinderat eindeutig festgelegt werden.

Sonja Hanselmann-Jüttner

In Tamm geht noch mehr beim Verkehr

Beim Klimaschutz hinkt der Verkehr hinter den Erfordernissen zur Einsparung klimaschädlicher Emissionen am weitesten zurück: Um ganze 0,4% konnten im Bereich Verkehr von 1990 bis 2019 die Emissionen von Treibhausgasen gesenkt werden. Insgesamt erreichte Deutschland in dieser Zeit immerhin 35%.

Nun sollen endlich auch im Verkehr Fortschritte erzielt werden: Neben dem Ausbau der Elektromobilität soll ein ganzes Bündel an Maßnahmen

die gewünschte Verkehrswende bringen: Wege vermeiden ist für das Klima natürlich am besten, viele Dienstreisen können z.B. durch Videokonferenzen ersetzt werden. Weitere Bausteine sind mehr Strecken zu Fuß oder Fahrrad zurückzulegen. Während in Tamm derzeit der Radwegebau sichtbare Fortschritte macht, kommt der angekündigte Radschnellweg von Bietigheim-Bissingen nach Stuttgart, von dem ein Teil auch über Tammer Markung führen soll, bisher nicht voran.

Was es auch in Tamm schon lange gibt, sind echte Öko-Mobile, nämlich die S-Bahn und die Buslinie 536. Das Land Baden-Württemberg hat sich im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz eine Verdoppelung des ÖPNV-Anteils bis 2030 vorgenommen. Damit dies erreicht werden kann, bedarf es neben günstigen Tarifen aber vor allem besserer Angebote. Zwar ist das Angebot auf unserer Buslinie seit dem Betreiberwechsel von der RBS zur WBG bereits deut-

lich verbessert worden, dennoch ist es nach wie vor unbefriedigend, dass zumeist nur jede zweite S-Bahn vom Bus bedient wird. Auch die Umsteigesituation von der S5 aus Bietigheim kommend auf den Bus ist unbefriedigend: Fahrplanmäßig sieht man beim Einfahren der S-Bahn gerade den Bus abfahren; wer noch gut zu Fuß ist, kann den Bus dann zumindest noch an der Haltestelle ‚Alter Weg‘ erreichen.

Völlig unbefriedigend sind die Verbindungen von Tamm nach Bissingen oder Markgröningen: Wer gut zu Fuß ist, kann den Nachbarort genauso schnell zu Fuß erreichen wie mit dem ÖPNV. Deshalb hat die Stadt Tamm auf Initiative der SPD auch angeregt, dass in den Verkehrsplan des Landkreises eine Busverbindung von Bissingen über den Tammer Bahnhof nach Markgröningen und Schwieberdingen aufgenommen wird. Das würde auch den alten Ortsteil von Tamm endlich an den ÖPNV anschließen. Leider wurde diese Anregung vom Landkreis, der für den überörtlichen Busverkehr zuständig ist, nicht aufgenommen. Wir bleiben an diesem Thema dran. Möchte man eine Verdoppelung des ÖPNV erreichen, sind neben Verbesserungen im Takt gerade auch solche Verbesserungen unbedingt erforderlich.



Das politische Buch

Seit nunmehr 40 Jahren verleiht die Friedrich-Ebert-Stiftung den „Preis für das politische Buch“. Die Jury leistet mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Stärkung einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Demokratie in einem weltoffenen, solidarischen Europa.

In diesem Jahr wurde der Preis dem Buch von **Geert Mak: Große Erwartungen. Auf den Spuren des europäischen Traums** (1999-2019) zuerkannt.

Die Jury zeichnet mit Geert Mak einen großartigen europäischen Journalisten und Sachbuchautor aus, dem es mit diesem Buch gelingt, ein facettenreiches Bild der politischen Entwicklungen der letzten 20 Jahre mit einem konstruktiv-kritischen Blick auf die Stärken und Schwächen des europäischen Projekts zu verknüpfen – und daraus zukunftsweisende Anregungen für die Weiterentwicklung des europäischen Traums abzuleiten.

Dabei gewinnt das Kapitel „Geister der Vergangenheit“ angesichts des Angriffskriegs Russlands

auf die Ukraine eine traurige Aktualität und bedrückende Voraussicht. Wie kaum ein anderer vermag es Mak, die verschiedenen Entwicklungen zu verdichten und uns einen Rahmen zur Ein-

ordnung aktueller Geschehnisse zu bieten. Bemerkenswert ist dabei die Vielfalt der Perspektiven, die der Autor zu einem beeindruckenden, facettenreichen Bild der wesentlichen Herausforderungen der letzten 20 Jahre zusammenfügt, das für die Zukunft hoch relevant ist.

Wie immer erarbeitet die Jury aus der Vielzahl der eingereichten Titel (diesmal 226) eine Empfehlungsliste auf der diesmal 7 weitere Titel verzeichnet sind (s. <https://www.fes.de/preis-das-politische-buch>). An dieser Stelle will ich zwei empfehlen:

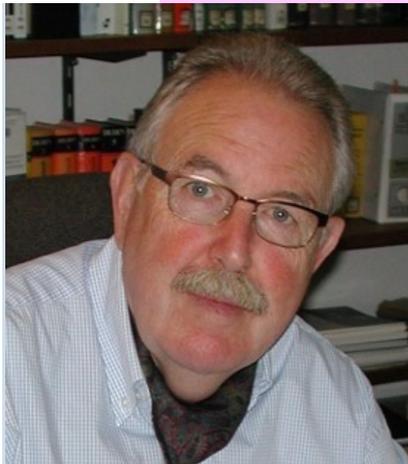
Florian Schroeder, Schluss mit der Meinungsfreiheit. Für mehr Hirn und weniger Hysterie, dtv 2021

Florian Schroeder ist ein bekannter Autor, Moderator, Kabarettist und Comedian. Er versteht es, in seinem Buch "Schluss mit der Meinungsfreiheit" unaufgeregt und klug auf die wichtigen Themen unserer Zeit zu schauen. Das Buch ist eine überzeugende und anregende Streitschrift für eine bessere Debatte.

Lucy Bell, You can change the world. Was DU tun kannst! Loewe 2020

Ein kindgerechtes Sachbuch zum Thema Umweltschutz in einem De-

sign, das die Phantasie und Aktivität von Kindern und Jugendlichen anregt. Die angesprochenen Themen decken alles ab, was im Augenblick die Gesellschaft in Sachen Umweltschutz bewegt.



Werner Stephan ist ehemaliger Direktor der Universitätsbibliothek Stuttgart. Ehrenamtlich ist er seit vielen Jahren in der Jury der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Preis „das politische Buch des Jahres“ tätig, seit November 2019 als Sprecher der Jury.

Macit Karaahmetoglu (MdB): Bericht aus Berlin

Die Bundestagswahl liegt nun zehn Monate zurück. Im dritten Anlauf habe ich es nun ins Parlament geschafft und bin Mitglied des Bundestages. Das verändert das Leben sehr – im Schnitt bin ich nun alle zwei Wochen in der Hauptstadt. Es ist eine Aufgabe, die mich immer gereizt hat und der ich mich mit vollem Elan widme.

Ich sitze für die SPD im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Geschäftsordnung & Immunität. Zudem bin ich stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und wurde Sprecher meiner Fraktion in der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe.

Hinzu kommen diverse Arbeitsgruppen, Unterausschüsse und weitere Gremien. Der Alltag einer Sitzungswoche besteht aus vielen Fußwegen innerhalb der Liegenschaften und noch mehr Sitzungen.

Wir haben uns in der neuen Ampel-Koalition Ziele gesetzt, die nun konsequent verfolgt werden. Das klingt einfach, als ginge es nur um das simple Abarbeiten eines Koalitionsvertrages. Die Realität ist aber eine Andere. Wir sehen uns mit nie da gewesenen Herausforderungen konfrontiert. Unsere Welt ist seit Ende Februar eine völlig andere.

Russlands Präsident Putin hat einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet und damit die europäische Friedensordnung ins Wanken gebracht. Tausende unschuldige Todesopfer, über fünf Millionen Menschen auf der Flucht. Die Folgen des Krieges sind bereits nach vier Monaten verheerend.

Eine diplomatische Lösung scheint mit dem Kriegsverbrecher Putin kaum möglich, auch wenn die Bemühungen um eine Waffenruhe natürlich nicht abbrechen dürfen und oberste Priorität haben. Trotzdem sehen sich

Deutschland und seine Partner mit der Frage konfrontiert, wie und in welchem Ausmaß man gewillt ist, auf den militärischen Verlauf des Krieges Einfluss zu nehmen.

Es gibt auf diese Frage keine einfache Antwort und keine jüngeren Erfahrungswerte. Die Frage der „Einmischung“ bewegt die Menschen sehr. Mich erreichen einige Stimmen, die das Liefern von Waffen als „Wahnsinn“ bezeichnen, der einen Krieg und das Leiden nur in die Länge ziehen. Deutlich mehr Menschen aber fordern, dass Deutschland mehr tut, auch schwere Waffen liefert und die Ukraine nicht im Stich lässt. Ich kann beide Positionen voll und ganz nachempfinden. Das ist ein Spagat, in dem wir uns befinden. Genau deshalb ist der Kurs unseres Kanzlers richtig: Überlegt handeln und nicht überhastet. Sich in einen Abwägungsprozess begeben und nicht einem Überbietungswettbewerb hingeben.

Dabei ist trotzdem eines klar: Deutschland und die Regierungskoalition stehen fest an der Seite der Ukraine. Wir unterstützen finanziell, humanitär und auch militärisch, so gut wir es können. Dabei leiten uns folgende Grundprinzipien:

Enge Abstimmung mit den Bündnispartnern, keine Einschränkung unserer Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit, keine Kriegsteiligung von Deutschland oder NATO.

Eine Grenze des Möglichen wurde uns inzwischen sehr bewusst: Die Bundeswehr ist kaputtgespart worden – ein Erbe von CDU/CSU als Verantwortliche in Verteidigungs- und Finanzministerium in vorhergehenden 16 Jahren.

Umso mehr stand die Union nun in der Pflicht, kurzfristige parteipolitische Interessen zurückzustellen und bei der Sicherstel-

lung unserer Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit mitzuwirken. Dieser Verantwortung ist die Union bei der Verabschiedung des Sondervermögens von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr zum Glück nachgekommen.

Kanzler Scholz hat mit seiner Rede zur „Zeitenwende“ und der Entscheidung, die Bundeswehr mit einem Sondervermögen endlich wieder auf Vordermann zu bringen, richtig und verantwortungsvoll reagiert.

Der Bundestag hat mit breiter Mehrheit einen Antrag verabschiedet, der den Kurs zur umfassenden Unterstützung der Ukraine darlegt. Medial wurde dieser Antrag auf die Lieferung schwerer Waffen reduziert. Die verkürzte Darstellung des Antrags lässt dabei außer Acht, dass darin die Bundesregierung aufgefordert wurde, alle Bemühungen für einen Waffenstillstand zu unterstützen. Der Antrag fordert auch einen Fahrplan zum Ausstieg aus russischen Öl- und Gasimporten. Es geht ja nicht nur darum, einen russischen Sieg zu verhindern, sondern um weit darüber hinausgehende Fragen wirtschaftlicher Abhängigkeiten und einer europäischen Friedensordnung.

Der Krieg gegen die Ukraine ist jedoch nicht die einzige große Aufgabe, mit der die neue Ampelkoalition fertig werden muss. Die steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel und die Pandemie verlangen Antworten. Und die Menschheitsaufgabe Klimawandel steht ganz oben, weitgehend ungelöst und leider viel zu wenig beachtet.

Die Koalition ist mit dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ angetreten und eine erste Bilanz kann sich durchaus sehen lassen:

- Jede Form der Arbeit verdient Respekt. Dies bringen wir mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro ab Oktober dieses

Jahres zum Ausdruck.

- Um dem Klimawandel zu begegnen haben wir wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht: Wir machen den Stromsektor bis 2035 treibhausgasneutral und beschleunigen



Macit Karahmetoglu, MdB

Foto: photothek

den Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierzu vereinfachen wir das Planungs- und Genehmigungsrecht und erhöhen die Ausschreibungsmengen für Windkraft und Solarenergie.

- Uns ist wichtig, dass Heizen, Strom und Mobilität für alle bezahlbar bleiben. Daher haben wir zwei Entlastungspakete

beschlossen, die u.a. folgendes umfassen: Abschaffung der EEG-Umlage zum Juli, Erhöhung der Fernpendlerpauschale, Heizkostenzuschuss, mehrere Einmal- und Sofortzahlungen für Bedürftige, Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, vergünstigte ÖPNV-Tickets und einiges mehr.

- Weitere Erfolge: Abschaffung des Paragraphen 219a, Aktionsplan gegen Rechts extremismus, Kindergrundsicherung...

Die Koalition arbeitet in allen Ressorts zielgerichtet und zügig, auch wenn in der Koalition mit drei Parteien manches noch intensiver, teils länger verhandelt werden muss. Ich bin sehr froh, dass in diesen schwierigen Zeiten ein besonnener Sozialdemokrat die Geschicke unseres Landes lenkt, der nicht aus der Hüfte schießt, sondern existentielle Entscheidungen sorgsam abwägt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt seit jeher der Grundsatz: Erst das Land und die Menschen, dann die Partei. Das wird auch für Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundestagsfraktion gelten.

Immer wieder Ärger mit dem Müll?

Nachdem Mitte der 1990er die AVL Millionen mit dem versuchten Rückbau der Deponie Burghof in VAI-Horrheim verbrannt hatten, war die Aufregung über den Müllskandal groß. Dem damals neuen Landrat Rainer Haas gelang es, die Abfallverwertung im Landkreis wieder in ruhige Bahnen zu lenken.

Erst 2015 gab es wieder Aufregung, nachdem im Zuge des geplanten Rückbaus des Atomkraftwerks Neckarwestheim Pläne bekannt wurden, auf den Deponien in Schwieberdingen und Horrheim gering radioaktiv belastete Abfälle aus dem Rückbau („freigemessene Abfälle“) abzulagern. Dabei wurde durch Recherchen der Schwieberdinger Bürgerinitiative bekannt, dass die AVL bereits vorher gering radioaktiv belastete Abfälle aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe angenommen hatte, was letztlich zum Rücktritt des damaligen AVL-Geschäftsführers führte.

Obwohl der Kreistag mit überwältigender Mehrheit das Land aufforderte, für solche Abfälle andere Möglichkeiten zur Deponierung zu öffnen, beharren die EnBW und das Land auf der gesetzlichen Verpflichtung des Landkreises zur Annahme.

Durch eine erhebliche Verteuerung der Nachsorgekosten für die alten Rohmülldeponien Lemberg und Burghof sowie einen starken Anstieg der Kosten für die Restmüllverbrennung mussten die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis in den Jahren 2020 und 2021 jeweils zweistellige Erhöhungen der Müllgebühren hinnehmen. Das führte dazu, dass die Bürgerinitiative, die bereits in den 1990ern den Landkreis

wegen der Müllgebühren verklagte (und den Prozess gewann), wiederbelebt wurde und nun erneut eine Gerichtsauseinandersetzung zu den Müllgebühren ansteht.

Nachdem im Jahr 2021 der Austausch von einigen tausend alten Restmüll- und Biomülltonnen wegen deren veralteter Chiptechnologie noch weitgehend reibungslos verlief, verschaffte uns der Jahreswechsel 2022 wieder richtig viel Ärger: Die Auslieferung der neuen Gelben und Blauen Behälter verlief nicht überall reibungslos. Zudem sorgte der nach einer europaweiten Ausschreibung erfolgte Wechsel bei der Einsammlung von Bio- und Restmüll wochenlang für Ärger wegen nicht geleerter Müllbehälter. In Tamm allerdings lief beides zum Glück deutlich besser als im gesamten Landkreis.



Besonders viel Kritik gab es am neuen Sammelsystem für Glas: Etliche Bürger*innen verlangten, das alte Sammelsystem beizubehalten. Dies war jedoch, da Verpackungsabfälle gesetzlich in die Zuständigkeit der Dualen Systeme fallen, nicht möglich, da die Dualen Systeme das System „Rund“ keinesfalls akzeptieren wollten.

Immerhin konnte vereinbart werden, dass anstatt eines (von den Dualen Systemen gewünschten) unkomfortablen Bringsystems mit dezentralen Glascontainern auch die Glasabfälle weiterhin haushaltsnah eingesammelt werden. Allerdings trafen vielfach auch die blauen 36-Liter-Boxen, die standardmäßig an einzelne Haushalte ausgeliefert wurden, teilweise auf Missfallen. Besonders ärgerlich war, dass die Dualen Systeme sich verweigerten, die schriftlich fixierte Vereinbarung einzuhalten, nach der die Bürger*innen einen Umtausch der Behälter für Glasabfälle verlangen können. Nachdem die AVL im Interesse einer zügigen Lösung und zur Vermeidung eines langwierigen Rechtsstreits bereit war, ein Drittel der beim Austausch anfallenden Kosten zu übernehmen, lenkten die Dualen Systeme endlich ein und es konnte zwischen dem 01.04. und dem 15.06.2022 ein Austausch beantragt werden.

Für Rückfragen können Sie sich gerne an Kreisrat Gerhard Jüttner (E-Mail gerhard@juettner.name, Tel. 60 55 83) wenden.

Infobox

Bis Mitte der 1990er Jahre wurde Müll im Wesentlichen ohne Trennung auf Rohmülldeponien abgeladen; im Landkreis auf den Deponien Lemberg in LB-Poppenweiler und Burghof in VAI-Horrheim. Es gab zwar schon bereits separate Erfassung von Altpapier, Glas und Altmetall, das war aber freiwillig. Auf die Deponien wurde damals der komplette Hausmüll, vom Fernseher und Kühlschrank, Möbel, Kleidung, Verpackungen, Essensresten bis zu verdorbenen Lebensmitteln, sowie Gewerbemüll abgelagert.

Das 1996 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz bereitete dem ein Ende: Die Mülltrennung wurde verpflichtend eingeführt, Rohmüll musste verbrannt werden. Außer der grauen Restmülltonne kam zumeist eine Biotonne dazu. Während bundesweit Verpackungen meist im Gelben Sack und Glas in dezentralen Glascontainern gesammelt wurde, entschieden sich der Enzkreis und der Landkreis Ludwigsburg für „Flach und Rund“.

Oberstes Ziel des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist die Müllvermeidung, gefolgt von der Wiederverwendung und dem Recycling. Die Verbrennung („Thermische Verwertung“) und Deponierung von Müll sind erst die letzten Möglichkeiten. Kritisch ist allerdings anzumerken, dass insgesamt immer noch viel zu viel Abfall verbrannt und deponiert wird.

Eine Änderung des Verpackungsgesetzes im Jahr 2019 machte eine neue Vereinbarung zum Sammelsystem mit den Dualen Systemen („Grüner Punkt“), die gesetzlich für Verpackungsabfälle zuständig sind, erforderlich. Diese lehnten eine Fortsetzung des Ludwigsburger Sondersystems „Flach und Rund“ kategorisch ab. Deshalb musste ein Neues Sammelsystem vereinbart werden: Aus „Flach“ wurde eine grüne Tonne für Papier, Pappe und Kartonnagen, aus „Rund“ wurden eine Gelbe Tonne für Leichtverpackungen sowie Blaue Behälter für Glasverpackungen.

Die neuen Beschlüsse zur EU Taxonomie – eine Mogelpackung und ein Schlag ins Gesicht für das Klima

Die EU-Taxonomie verfolgt das Ziel, ein EU-weites Klassifizierungssystem für die Bewertung ökologischer Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Aktivitäten einzuführen. Dies soll das Vertrauen bei Investoren stärken, grüne Investitionen transparenter und attraktiver machen und Anleger vor Greenwashing (Vortäuschen angeblicher Umwelt- und Klimafreundlichkeit) schützen.

Die EU-Kommission hat Anfang Februar entschieden, bestimmte Investitionen in moderne Atom- und Gaskraftwerke als klimafreundlich gelten zu lassen. Unter bestimmten Bedingungen soll auch ihre Nutzung für eine gewisse Übergangszeit beim Klimaschutz als nachhaltig angesehen werden.

Der WWF, BUND und andere Umweltorganisationen forderten bereits im Vorfeld der Debatte Erdgas und Atomkraft auszuschließen. So würde u.a. die EU-Taxonomie dem EU-Klimaziel für 2030 zuwiderlaufen. Die Folgenabschätzung der EU-Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass die EU ihren Gesamtverbrauch an fossilem Gas bis 2030 um etwa 30 Prozent senken muss, um ihr Klimaziel von 55 Prozent weniger Treibhausgas bis 2030 zu erreichen. Die Aufnahme von Gas in die grüne Taxonomie würde zu mehr Gas führen, nicht zu weniger.

Die EU-Taxonomie stünde im Widerspruch zu der von EU und den USA auf der Weltklimakonferenz COP26 abgegebenen globalen Methanverpflichtung, die Methanemissionen bis 2030 um mindestens 30 Prozent zu senken. Mehr Gasförderung würde aber auch mehr Methanleckagen bedeuten.

Der Neubau von Atomkraftwerken ist extrem teuer und zudem viel zu langsam. Zwischenzeitlich geht man von 15 bis 20 Jahren

Planungs- und Bauzeit aus und so ist kein schneller Umbau unseres Energiesystems zu machen. Katastrophen wie Tschernobyl oder Fukushima sowie zahlreiche Störfälle zeigen außerdem wie gefährlich Atomenergie ist. Auch ist die sichere Endlagerung des Atommülls ein ungelöstes Problem, das wir schon bisher auf den Schultern der nächsten Generationen abladen – ganz abgesehen davon, ob es überhaupt ein Endlager geben kann, in dem sichere Endlagerung für 1 Mio Jahre möglich ist.

Wenn diese Energieformen Gas und Atomkraftwerke als nachhaltige Investitionen eingestuft werden, dann würden Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke finanziell gefördert. Diese Gelder von Banken und Anlegern.... stünden dann nicht mehr für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung und somit für Klimaschutz zur Verfügung.

Wir können die Klimakrise nicht vertagen, sie zwingt uns schnell zu handeln. Wir brauchen deshalb eine massive Senkung der globalen CO₂-Emissionen.

Theoretisch können die Mitgliedstaaten oder das Europaparlament das geplante Inkrafttreten der neuen Regeln 2023 noch verhindern. Dafür müssten mindestens 20 Mitgliedstaaten dagegen stimmen oder aber eine absolute Mehrheit im Europaparlament. Eine Ablehnung gilt daher als unwahrscheinlich.

Leider muss festgestellt werden, dass mit der Förderung von Atom und Gas die EU ihre selbstgesteckten Ziele für die EU-Taxonomie verfehlt. Diese Taxonomie ist definitiv eine Mogelpackung.

Gute Kitas sind mehr als neue Gebäude

Nicht nur in Tamm ist es ein scheinbar unendliches Thema: Gute, verlässliche und bezahlbare Kinderbetreuung. Nach wie vor gibt es in Tamm nicht genügend Kita-Plätze, um den Bedarf zu decken. Deshalb werden neue Einrichtungen gebaut. Weil aber alte Gebäude in einem so schlechten Zustand sind, dass sie abgerissen und neu gebaut oder komplett saniert werden müssen, ist dadurch vorerst kein einziger zusätzlicher Platz gewonnen. Doch es gibt Pläne auch für eventuelle zusätzliche Neubauten, es ist also aus baulicher Sicht vor allem eine Frage der Zeit, bis hier Abhilfe geschaffen werden kann und Tammer Kinder in modernen Einrichtungen zur Kita gehen können.

Dies ist aber nur ein Aspekt guter Kindertageseinrichtungen. Mindestens genau so wichtig ist die Qualität der Betreuung, die in Baden-Württemberg durch den landesweiten Orientierungsplan gewährleistet werden soll. In Tamm wurde schon vor 15 Jahre damit begonnen, diesen mit Hilfe des Infans-Konzepts umzusetzen. Um dies in der erforderlichen Qualität umsetzen zu können, ist aber auch eine angemessene personelle Ausstattung notwendig. Und genau diese wird von einigen Gemeinderatsfraktionen immer wieder in Frage gestellt. Um Kosten zu sparen, wollen sie weniger Fachkräfte und damit auch eine geringere Qualität der Betreuung und Erziehung in Kauf nehmen. Dies kann aber keine Option sein, denn gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle fangen in der Kita an. Damit jedes Kind die Chance auf die bestmögliche Bildung hat, muss es auch für alle Kinder die gleichen Möglichkeiten ge-

ben, dann zur Kita zu gehen, wenn die Eltern dies wünschen. Das ist nicht nur aus der Sicht der Chancengleichheit notwendig, sondern auch eine volkswirtschaftliche Rechnung: Menschen mit einem guten Zugang zu Bildung, sind weniger chronisch krank und sie sind seltener auf Sozialleistungen angewiesen. Sie kosten den Staat und die Solidargemeinschaft aber nicht nur weniger, sondern zahlen durch ihre bessere Leistungsfähigkeit höhere Steuern.

Zu guter Letzt gehört zur guten, verlässlichen Kinderbetreuung auch eine Flexibilität der Betreuungszeiten, die sich viele Eltern wünschen. Dies kann Platz-Sharing an verschiedenen Wochentagen sein, aber auch flexiblere Bring- und Abholzeiten sowie frühere oder längere Öffnungszeiten. Wenn eine Familie nur an drei Tagen in der Woche eine Betreuung braucht, aber fünf Tage zahlen muss und dabei auch noch an zwei Wochentagen ein Betreuungsplatz unnötig blockiert ist, ist das wenig sinnvoll. Die Frage stellt sich, warum das in Kitas anderer Träger möglich ist, in Tamm aber nicht.

Der Neubau neuer Einrichtungen in Tamm ist im Moment und in den nächsten Jahren notwendig und leider auch teuer, es darf deshalb aber nicht an der Qualität und Flexibilität gespart werden.



Bild: Dawn Hudson

SPD: Für eine Gesellschaft des Respekts

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts.

Von der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro profitieren über 6 Millionen Menschen in Deutschland-

Wir machen Politik für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke begreift und jede Leistung und jeden Lebensentwurf anerkennt. In der der Staat den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe begegnet und dem Anspruch gerecht wird, ihr Leben einfacher zu machen und sie auf Veränderungen vorzubereiten.

Wir modernisieren unseren Sozialstaat.

Dafür setzen wir auf ein neues Bürgergeld, das den Menschen mit Respekt begegnet und ihnen Vertrauen entgegenbringt.

Ein Gesellschaft des Respekts sichert Teilhabechancen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Junge Menschen werden sich zum Beispiel auf eine Ausbildungsplatzgarantie verlassen

können oder auch auf eine Reform des Baufögs, damit noch mehr davon profitieren können. Und ihre Stimmen sollen Gewicht haben, sie sollen mitentscheiden können – mit dem Wahlrecht ab 16.

**DAFÜR
TRETE
ICH EIN** 

mitgliedwerden.spd.de/

„Du, hasch scho gmerkd, dass mr jedzed enner richdiga Großschdadd läba?“



„Warom?“

„Ha, weils en Damm inzwischena faschd meeh Bauschdella gibt wie en Lombaburg.“

Redaktion: Sonja Hanselmann-Jüttner, Gerhard Jüttner, Harald Konnerth, Peter Schwenzer, Maya Stockmeier, Werner Stephan

V.i.S.d.P.: Maya Stockmeier, Beethovenstr. 11, 71732 Tamm

Internet: www.spd-tamm.de, www.facebook.com/spdtamm/, www.roter-hammel.de

E-Mail: vorstand@spd-tamm.de

Spenden an den SPD Ortsverein Tamm:

Konto DE2460450050000095936, KSK Ludwigsburg

SPD Ortsverein Tamm

